

GRÜNE, MACHT, VERÄNDERUNG

# "Es geht um das gesellschaftliche Kräfteverhältnis"

**Der grüne Abgeordnete Camille Gira ist optimistisch: Veränderungen, die auf den ersten Blick unmöglich erscheinen, sind politisch durchsetzbar. Doch nur, wenn dabei die BürgerInnen einbezogen werden.**

**woxx:** Vor 20 Jahren wurden die Luxemburger Grünen gegründet. Diese Zeit war hierzulande und im Ausland von Aufbruchstimmung geprägt. Wie hat Camille Gira das erlebt?

**Camille Gira:** Mich hat die Gründung der Grünen in Deutschland wohl mehr geprägt als die in Luxemburg. Ich war zwar schon im Gemeinderat und hatte Kontakte zum Mouvement écologique, war aber nicht parteipolitisch engagiert. Als ab 1984 zwei Grüne in der Chamber saßen, habe ich mich gefreut, dass sich jemand für Umweltschutz stark machte. Damals war das Thema Atomenergie hochaktuell - die Demos gegen Cattenom waren eine Art politische Taufe für mich.

Eigentlich ging es mir bereits 1982, als ich mit 23 Jahren für den Gemeinderat kandidierte, um die gleichen Themen wie heute, auch wenn ich mir dessen nicht so bewusst war: die Sorgen um die Umwelt und die Zerstörung des Lebensumfeldes allgemein sowie der Wunsch nach mehr Bürgerbeteiligung. Ich war entrüstet, wie ein paar Personen im Gemeinderat über die Köpfe der Betroffenen hinweg das Schicksal



"Die Demos gegen Cattenom waren eine Art politische Taufe für mich."

(Foto: RK)

einer ganzen Gemeinschaft bestimmten.

**Was hat sich verändert seit jener Anfangszeit mit ihren hohen Ansprüchen? Stehen die Grünen noch zu ihren Idealen?**

Ich sehe keinen grünen Grundwert, der aufgegeben worden wäre. Die grünen Inhalte sind aktueller denn je, vielleicht heute auf globaler statt auf lokaler oder nationaler Ebene. Gewiss, beim Marsch durch die Institutionen sind wir nicht umhin gekommen, die Form anzupassen - eine Partei kann nicht im luftleeren Raum funktionieren. Anpassung in der Form heißt aber längst nicht, dass man seine Inhalte verrät.

**Worin unterscheiden sich die Grünen denn noch von anderen Parteien? Ist der Anspruch, ganz anders Politik machen zu wollen, verloren gegangen?**

Nein, auf keinen Fall. Anders als in Deutschland gilt bei uns die Trennung von Amt und Mandat: ein Abgeordneter kann nicht Sprecher sein. Wir sind in Luxemburg die einzige Partei mit einer Sprecher-Sprecherin-Doppelspitze. Richtig ist, dass wir ein Instrument, um anders Politik zu machen, abgeschafft haben: die Rotation. Weil sie sich in der Realität als quasi unbrauchbar erwiesen hat. Es dauert lange, bis man sich im Räderwerk der Chamber zurecht findet. Wenn man da etwas bewegen will, macht es keinen Sinn, alle ein oder zwei Jahre die Personen auszuwechseln. Trotzdem: Bei uns kleben die Leute weniger an ihren Sesseln und es gibt weniger "Kumul" als in anderen Parteien.

**In der Anfangszeit setzten sich die Grünen für fundamentale gesellschaftliche Veränderungen ein. Begnü-**

**gen sie sich heute damit, Systemkorrekturen vorzunehmen?**

Als ich offiziell Mitglied wurde, bei der Wiedervereinigung von GAP und GLEI 1993, war kaum noch die Rede von einer Revolution. Alle Vorstellungen von einer Ablösung des Systems stehen vor dem Problem, dass keine Alternative in Sicht ist. Wir Grünen sind heute mindestens so kritisch gegenüber der Praxis des heutigen Kapitalismus wie früher, aber nach 1989 ist die Suche nach Alternativen nicht einfacher geworden. Für Denkansätze, die zum Ziel haben, systematische Veränderungen durchzusetzen, wären die meisten Grünen bestimmt zu haben.

**Die Bilanz der grünen Bewegung ist dürftig. Zwar spielt das Thema Nachhaltigkeit in der politischen Debatte eine Rolle, doch die Umweltzerstörung geht**

**weltweit weiter. Hätte dieses bescheidene Ergebnis nicht auch ohne grüne Parteien, allein durch außerparlamentarischen Druck erreicht werden können?**

Hätte es keine grünen Parteien in Deutschland und Belgien gegeben, dann wäre über einen Atomausstieg nicht einmal diskutiert worden. Es braucht ein Zusammenspiel zwischen außerparlamentarischer Opposition und einer Vertretung im Parlament. Ohne die Grünen in der Chamber wäre BTB längst gestorben, es gäbe kein Förderprogramm für alternative Energien. Ob der Gewinn durch eine grüne Regierungsbeteiligung so groß ist, darüber bin ich mir allerdings gar nicht so sicher.

**Warum? Weil die Grünen dabei dieselben faulen Kompromisse eingehen müssten wie andere Parteien?**

Die Entscheidung, ins Parlament zu gehen, schließt die Möglichkeit einer zukünftigen Machtbeteiligung ein. Wenn die Grünen in der Verantwortung sind, müssen sie, wie alle, Kompromisse eingehen. Was wirklich zählt ist dann, wie viel politisches Gewicht wir haben, ob es uns gelungen ist, unsere Ideen gesellschaftlich zu thematisieren. Ich wäre lieber mit acht Abgeordneten in der Opposition als mit fünf in der Regierung.

Was die Bilanz der grünen Bewegung angeht, so hat sie in einer historisch kurzen Zeit recht viel aufzuweisen. Trotzdem sollten wir bescheiden sein - das meiste bleibt noch zu tun. Wenn 150 Jahre lang ein falscher Kurs gefahren wird, kann man nicht erwarten, dass sich binnen 20 Jahren alles zum Guten wendet.

**Wie ist das Verhältnis der Grünen zur Zivilgesellschaft? Betätigen sich Parteimitglieder heute nicht eher in einer Umweltkommission als in einem Friedenskomitee?**

**"Lieber mit acht Abgeordneten in der Opposition als mit fünf in der Regierung."**

Wir waren bei den Aktionen gegen den Irak-Krieg wie gegen die Lex Greenpeace dabei, insbesondere die "Jonk Gréng". Aber wir sind nicht so zahlreich. Wenn unsere Mitglieder sehen, dass es eine zivilgesellschaftliche Struktur gibt, die funktioniert, dann reicht es uns, präsent zu sein und die Bewegung zu unterstützen. Es ist nicht wünschenswert, dass solche Initiativen von politischen Parteien "récupéiert" werden.

**Wie wichtig ist denn aus grüner Sicht die Zivilgesellschaft für die Durchsetzung von Veränderungen?**

Gerade aus meiner Erfahrung als Bürgermeister weiß ich: Es ist einfacher, gewisse Dinge von oben herab, ich will nicht sagen, durchzusetzen, aber zu thematisieren, anzuleiern. Wenn dann auch noch andere gesellschaftliche Kräfte ein Projekt aufgreifen und von unten unterstützen, dann ist das Zusammenspiel von "top-down" und "bottom-up" perfekt.

## KOMMENTAR

### Pragmatisch und engagiert

Die Luxemburger Grünen hätten ihre Ideale verraten, so die häufige Kritik von politischen GegnerInnen. Man müsse, hält Camille Gira dem entgegen, zwischen Form und Inhalt unterscheiden. Gewiss: den Wollpullover gegen Sakko und Krawatte einzutauschen, um bei den WählerInnen besser anzukommen, bedeutet nicht automatisch, seine Überzeugungen preiszugeben. Doch wie schnell auf die Anpassung in äußeren Dingen die Veränderung der Inhalte folgt, kann man in Deutschland sehen: Dort haben sich die Grünen mit Vettern- und Kusinen-Wirtschaft, mit Kriegstreiberi und mit Machterhalt um jeden Preis kompromittiert.

In Luxemburg dagegen ist die Bilanz der grünen Partei weiterhin eher positiv. In der Chamber stehen sie für engagierte linke Kritik an der Regierungspolitik, und wo sie an der Macht teilhaben, gibt es bisher kaum Anrühiges zu berichten. Dass Camille Gira in der BürgerInnenbeteiligung den Schlüssel zum Durchsetzen von Veränderungen sieht, spricht ebenfalls für eine Verbundenheit mit den früheren Idealen. Auch wenn es sich hierbei eher um eine dirigistische Variante der Beteiligung handelt, als um eine, die Selbstorganisation der Betroffenen betonende libertäre, so sind die Grünen doch der in Luxemburg üblichen demokratischen Praxis meilenweit voraus.

Diese pragmatische Herangehensweise, Veränderungen zu erzielen, hat auch ihren Preis. Déi Gréng geben sich wenig mit alternativen Theorien in Bereichen wie Wirtschaft und Friedenspolitik ab. Das macht es schwierig, grundsätzliche Positionen zu verteidigen, insbesondere wenn man erst einmal an der Macht beteiligt ist. Beruhigend ist, wie Camille Gira die Wichtigkeit von grüner Machtbeteiligung relativiert. Besorgnis erregend dagegen, wie gering das Bewusstsein für die Versuchungen der Macht in der Partei zu sein scheint.

Raymond Klein



Kämpferisch: François Bausch.



Die Abgeordneten Jean Huss und François Bausch.

**Für ihren 20. Geburtstag haben Déi Gréng ausgerechnet einen Außenminister und eine EU-Kommissarin eingeladen. Wird die Rolle der Institutionen nicht überbewertet?**

Ein Jahr vor den Wahlen ging es darum, aufzuzeigen, was Grüne in den vergangenen 20 Jahren erreicht haben. Ich finde es normal, dass wir versuchen, so bekannte Persönlichkeiten vor unseren Karren zu spannen. Inhaltliche Diskussionen sind bei der Aufstellung unseres Wahlprogramms besser aufgehoben als bei dieser Jubiläumsfeier.

**Der größte Teil der GründerInnen von Déi Gréng verstand sich als politisch links stehend. Sind die Grünen heute noch eine linke Partei?**

Ich sehe nicht den geringsten Grund, daran zu zweifeln. Bei weltanschaulichen Fragen positionieren sich unsere Mitglieder spontan, ohne große Diskussionen auf der linken Seite. Wenn es allerdings um Wirtschaftsfragen geht, um notwendige strukturelle Reformen, da habe ich das Gefühl, dass momentan eine gewisse Hilflosigkeit in der Linken herrscht, gangbare Alternativen zum Neoliberalismus aufzuzeigen.

**"Wenn es um Wirtschaftsfragen geht, herrscht in der Linken eine gewisse Hilflosigkeit, gangbare Alternativen zum Neoliberalismus aufzuzeigen."**

Leider wird dieses linke Selbstverständnis nicht unbedingt in der Öffentlichkeit wahrgenommen. Unsere Mitglieder, unsere Stammwählerschaft kommen zu großen Teilen aus der gehobenen Mittelklasse. Wir haben es nicht geschafft, anderen sozialen Schichten zu vermitteln, dass unsere Partei stark sozial ausgerichtet ist. Während andere politische Kräfte das Soziale gegen die Umwelt ausspielen, versuchen wir, die beiden in Einklang zu bringen. Wir müssen klar machen, dass eine nachhalti-

ge Entwicklung auch sozial ist und gerade den sozial Schwachen zugute kommt. Die Ressourcen, die von Umweltschäden aufgefressen werden, fehlen nämlich, um soziale Reformen zu finanzieren.

**Meistens hört man eher: Wer gegen den Flughafen-ausbau ist, vernichtet Arbeitsplätze, wer gegen den Tanktourismus ist, ruiniert den Staatshaushalt.**

Ja, es ist uns nicht gelungen zu vermitteln, dass der Tanktourismus total unnachhaltig ist. Kurzfristig lassen wir un-

ser Sozialsystem von Grenzgängern und niederländischen Straßentransporteurern mitfinanzieren. Längerfristig wird das ökologisch, ökonomisch und sozial zurück schlagen.

**Heißt das, die Grünen fordern noch immer eine drastische Erhöhung des Benzinpreises?**

Der Benzinpreis lässt sich nicht von heute auf morgen ans Ausland anpassen. Doch wir haben Motionen eingebracht, die Regierung solle Ausstiegsszenarien aus dem Tanktourismus ausarbeiten

lassen. Man hätte die Steuerreform, bei der 40 Milliarden Franken verteilt wurden, dafür nutzen können - und der Bevölkerung Kompensationen auszahlen können für die Umstellungen. In der jetzigen wirtschaftlichen Situation wird das alles schwieriger, finanziell, aber vor allem psychologisch.

**Die CSV muss weg, hieß es vor kurzem auf dem grünen Kongress. Wird 2004 mit einer Ampelkoalition alles besser?**

Ein Wechsel an der Spitze würde Luxemburg bestimmt gut tun. Doch das ist nicht unser Hauptziel. Wir müssen unser Profil schärfen und versuchen, so stark wie möglich zu werden. Anders als in Deutschland gibt es hierzulande keinen Lagerwahlkampf, deshalb sind Spekulationen über eine Ampel-Koalition müßig.

**Zurück zur Machbarkeit der Veränderung: Was sind die praktischen Erfahrungen eines Bürgermeisters?**

Ich bin eigentlich darüber überrascht, wie viel man in einem letztendlich sehr konservativen Milieu bewegen kann. Als ich anfang, war Beckerich die zweit-schwärzeste Gemeinde im Land. Doch Veränderungen brauchen ihre Zeit. Wir betreiben seit 20 Jahren aktive Bürgerbeteiligung. Das macht es möglich, in einer Landgemeinde relativ fortschrittliche Projekte umzusetzen. Der Schlüssel ist immer,

## Déi Gréng

Einen kritischen Blick auf Déi Gréng, die gerade ihren 20. Geburtstag feiern, wirft die woxx nach den Dossiers über Déi Lénk und die LSAP. Im Interview erläutert Camille Gira unter anderem das Zusammenspiel von Partei und gesellschaftlichen Kräften. Daneben wird die Haltung der europäischen und luxemburgischen Grünen in Sachen Friedenspolitik unter die Lupe genommen.

dass wir anders Politik machen. Dabei geht es um die Schaffung eines gesellschaftlichen Kräfteverhältnisses. Wenn ich einfach so mit einer neuen Idee vor den Gemeinderat trete, dann gehe ich baden. Das ist auch richtig, denn es soll nicht einer allein entscheiden, auch wenn die Idee noch so gut ist.

**"Wir müssen klar machen, dass eine nachhaltige Entwicklung gerade den sozial Schwachen zugute kommt."**

Ich richte mich mit meiner Idee also erst einmal an die zuständigen Kommissionen und an die Betroffenen. Dann wird darüber diskutiert, und es entsteht ein Projekt. Zum Beispiel im Bereich Energie: Wir sind jetzt so weit, dass wir eine 100-prozenti-

ge Selbstversorgung für das nächste Jahrzehnt anstreben können. Auch bei der "structure d'accueil" waren wir Pioniere und wurden von konservativer Seite heftig angegriffen. Heute ist das ein allgemein anerkannter Standortfaktor für unsere Gemeinde.

Aus diesen Erfahrungen ziehe ich meinen Optimismus: Was in Beckerich möglich ist, ist überall möglich.

*Das Interview führte Raymond Klein*

*Camille Gira ist grüner Abgeordneter und Bürgermeister von Beckerich*

## DIE GRÜNEN UND DER FRIEDEN

# Nach dem Kosovo

**Gewaltfreiheit war ein grünes Grundprinzip. Doch 1999 unterstützten erstmals grüne Parteien eine offensive Militäraktion. Die Meinungen über "humanitäre" Interventionen gehen auch bei Déi Gréng auseinander.**

(RK) - Seit dem Irak-Krieg ist alles wieder gut. Während der Demos standen die Grünen wieder in der ersten Reihe der FriedensfreundInnen. Vergessen scheint die zögerliche Haltung von Déi Gréng im März 1999, als die Nato zum Angriff gegen Rest-Jugoslawien antrat. Dabei war es schon erstaunlich, dass eine Partei, die teilweise aus der Friedensbewegung hervorging, sich nicht durchringen konnte, eine militärische "Lösung" des Kosovo-Konflikts abzulehnen. "Wir haben die

Intervention damals nicht gefordert", betont der Abgeordnete Jean Huss gegenüber der woxx. "Aber wir standen unter dem Eindruck des Massakers von Srebrenica und der Bilder von Flüchtlings-Trecks im Kosovo."

In den Nachbarländern, in denen grüne Parteien in Regierungen waren, wurde der Kosovo-Krieg häufig als Mittel zur Durchsetzung von Menschenrechten gerechtfertigt. In Luxemburg gab der grüne Abgeordnete Robert

Garcia zu Protokoll, mit Ausnahme von Renée Wagener sei seine Fraktion der Meinung, die Intervention sei "trotz aller Vorbehalte leider unvermeidlich". In den Wochen danach gab es zwar Kritik an der Art, wie die Nato den Krieg führte und Appelle für eine Einstellung der Bombardierungen. Doch in der Frage nach der Rechtmäßigkeit der Intervention an sich hielt man sich zurück.

Im Januar 2001 verabschiedete ein Déi-Gréng-Kongress ein friedenspolitisches Papier. Danach ist eine militärische Intervention nur noch zulässig als letztes Mittel bei massiver Gewalt gegen die Zivilbevölkerung. Und: ein UN-Mandat ist erforderlich. Das war weder bei der Intervention im Kosovo noch bei jenen in Afghanistan und im Irak der Fall. Doch gegen letztere einzutreten, dazu gehörte für die Grünen nicht viel politischer Mut - eine Mehrheit in Europa, Konservative inbegriffen, kritisierte den US-Alleingang. Was aber werden Déi Gréng tun, wenn bei einer nächsten "humanitären" Intervention das Fernsehen wieder Schreckensbilder zeigt und sich die Volksparteien alle für die militärische Option aussprechen?

Die Meinungen der europäischen grünen Parteien sind geteilt. Alain Liepietz, innerhalb von "Les Verts" eher links stehend, rechtfertigt in seinem Buch "Refonder l'espérance" seine Unterstützung einer Intervention ohne UN-Mandat. Er betont, dass die Option zu bombardieren ohne einzumarschieren falsch war, aber: Milosevic

sei eben ein Faschist gewesen. Dagegen übte Peter Pilz, Sicherheitsexperte der österreichischen Grünen, während einer Konferenz in Luxemburg scharfe Kritik an der damaligen Entscheidung. Zwar könne es Situationen geben, in denen ein militärisches Eingreifen notwendig sei. Doch im Falle Kosovo seien die Indizien für einen Völkermord nur vorgeschoben gewesen, so seine Argumentation.

Auf dem Friedenskongress 2001 erklärte der Abgeordnete François Bausch, er habe sich 1999 "kriegeln lassen". Sein Kollege Jean Huss denkt zwar auch, viele Informationen seien manipuliert gewesen. Dennoch: Das Verständnis, das er damals für die Intervention hatte, sei nicht ganz unbegründet gewesen. Zusammen mit der Frage nach der Haltung zur Nato könnte die Interventionsfrage Stoff bieten für eine friedenspolitische Debatte, wenn die Grünen ihr Wahlprogramm für 2004 aufstellen.



Wahlversammlung "Gréng on Tour".

(Fotos: Christian Mosar)